
Deutschland

Kopie für die Botschaft

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika

Herrn Alan D. Meltzer

Geschäftsträger ad interim

Clayallee 170

14195 Berlin

Hamburg, 29. März 2026

Georgia Fort

Sehr geehrter Herr Bundesstaatsanwalt,

Es besteht große Sorge über die strafrechtliche Verfolgung von Georgia Fort und anderen Journalist*innen, die nichts weiter getan haben, als am 18. Januar 2026 über eine Demonstration in Minneapolis zu berichten. Es ist offensichtlich, dass die Festnahme und anschließende Strafverfolgung von Georgia Fort und anderen Journalist*innen die beunruhigende Eskalation einer systematischen Missachtung der Menschenrechte ist.

In Artikel 19 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (IPbPR), den die Vereinigten Staaten ratifiziert haben, ist das Recht auf freie Meinungsäußerung verankert, das eine freie Presse und das Recht der Journalist*innen, Informationen zu suchen und weiterzugeben, schützt. Wenn jedoch das Justizministerium Georgia Fort und andere Pressevertreter*innen strafrechtlich verfolgt, weil sie über einen Protest in der Cities Church in St. Paul, Minnesota, berichtet haben, dann ist das eine Verletzung ihrer Menschenrechte, weil sie einfach nur ihre Arbeit als Journalist*innen gemacht haben. Der Pastor der Kirche war zu diesem Zeitpunkt amtierender Leiter einer ICE-Außenstelle.

Über etwas zu berichten, ist kein Verbrechen. Vielmehr ist die Gewährleistung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Pressefreiheit unabdingbar, um Regierungsvertreter*innen für ihr Handeln zur Rechenschaft zu ziehen. Die Anklagen haben eine abschreckende und einschüchternde Wirkung auf Journalist*innen, die über Themen berichten, die für die Bevölkerung von größter Bedeutung sind.

Ich fordere Sie daher dringend auf, die Anklage gegen Georgia Fort und die anderen Pressevertreter*innen im Fall Vereinigte Staaten gegen Levy Armstrong (0:26-cr-00025) vor dem Bezirksgericht von Minnesota fallen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen,